

Im Klartext

Informationen zur Sozialen Marktwirtschaft

FEBRUAR 2014

Wer überwacht die Wächter?



Der ADAC sorgt für Schlagzeilen: Der selbst ernannte, auch von Politik und Autoindustrie anerkannte Anwalt der Autofahrer hat die Zahlen zur Wahl des „Gelben Engels“ für das Lieblingsauto der Deutschen manipuliert. Sofort kamen Fragen auf, inwieweit die Pannestatistik und die zahlreichen Tests, zum Beispiel zu Sommer- und Winterreifen, zu Kindersitzen oder zur Qualität von Badegewässern, ebenfalls verfälscht und

dem Gutdünken des ADAC angepasst wurden. Zudem standen auch andere vertrauenswürdige Verbraucherschutz-Instanzen in den letzten Wochen und Monaten im Rampenlicht: Dem TÜV Rheinland wurde vorgeworfen, dass er bei der Prüfung von Brust-Implantaten einer französischen Firma geschlampt habe. Stiftung Warentest musste nach einer einstweiligen Verfügung die Bewertung einer Schokolade mit „mangelhaft“ vorerst zurücknehmen; das Gericht beanstandete das Testverfahren als intransparent und unfair.

Sind die genannten Institutionen – zusammen mit anderen, oft weniger prominenten Wettbewerbern – deswegen überflüssig? Diese Frage ist nicht einfach zu beantworten. Organisationen, die sich dem Verbraucherschutz verschrieben haben, können zur Vertrauensbildung und zur besseren Information über die Qualitäten eines Produkts oder einer Dienstleistung beitragen. Dazu ist es unerheblich, ob die Tester privat oder staatlich organisiert sind.

Weit wichtiger ist die Frage: Wer überwacht die Wächter? Man kann an übergeordnete Instanzen mit entsprechendem Auftrag denken, schiebt damit aber die Beantwortung der Frage stets nur eine Stufe weiter bzw. höher. Letztlich – und langfristig – können nur die Verbraucher selber über die Qualität der Verbraucherschützer entscheiden: Auch wenn Stiftung Warentest einen hohen Bekanntheitsgrad hat, ist niemand verpflichtet, den Testergebnissen zu folgen; nur wenn man Vertrauen hat, tut man dies. Dazu müssen die Verbraucherschützer ihre Testverfahren, aber auch finanzielle und anderweitige Abhängigkeiten offenlegen. Dann können sie dem Konsumenten zwar nicht das eigene Nachdenken und Abwägen abnehmen, mit ihren Urteilen aber Kaufentscheidungen erleichtern.

Lars Vogel

Umweltschutz-Aufwendungen

Aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen: Unternehmen haben 2011 rund 7,1 Milliarden Euro in Umweltschutz-Maßnahmen investiert, 18 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Damit flossen fast zehn Prozent der gesamten Investitionssumme in den Umweltschutz. Als Umweltschutz-Investitionen gelten in der Erhebung von Anfang Januar 2014 alle Investitionen von Industrieunternehmen (ohne Baugewerbe) in Sachanlagen, die zum Beispiel Verschmutzungen von Böden, Wasser oder Luft verhindern oder verringern.

Die höchste Investitionssumme – 1,9 Milliarden Euro – wurde bei den Unternehmen der Abwasserentsorgung festgestellt. Energieversor-

gungs-Unternehmen investierten circa 1,8 Milliarden Euro. Platz drei mit Investitionen in Höhe von rund 773 Millionen Euro belegt die Abfallbranche (Müllbehandlung und Müllbeseitigung).

Insgesamt flossen 2,9 Milliarden Euro zum Schutz der Oberflächengewässer und des Grundwassers, zum Beispiel in den Bau von Neutralisations- und Kläranlagen. Annähernd 2,4 Milliarden Euro investierten Unternehmen im Jahr 2011 in den Klimaschutz. Hierunter fallen beispielsweise Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien und zur Effizienzsteigerung (Wärmepumpen, Wärmetauscher). ■

<http://goo.gl/ij07bu>

Rentenpaket

Momentan wird viel über die von der Bundesregierung in Gang gesetzte Änderung in der gesetzlichen Rentenversicherung berichtet. Beispielsweise ist Andrea Nahles sicher – sie ist Bundesministerin für Arbeit und Soziales –, dass jährlich bis zu 200 000 Arbeitnehmer von der „abschlagsfreien Rente mit 63“ profitieren werden. Diese Möglichkeit sollen ab diesem Sommer Beschäftigte haben, die mindestens 45 Jahre lang Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt haben; sie gelten in der Rentenversicherung als „besonders langjährig Versicherte“.

Der Blick in die aktuellen Tabellen der Deutschen Rentenversicherung offenbart: Von den 829 000 Neurentnern des Jahres 2012 waren rund 10 600 Männer und 1 800 Frauen mindestens 45 Jahre versichert.

Von der „abschlagsfreien Rente mit 63“ werden ab Juli 2014 im Übrigen lediglich vier Jahrgänge profitieren, und zwar die von 1949 bis 1952. Für die nachfolgenden Jahrgänge erhöht sich das Renteneintrittsalter mit jedem Jahrgang um zwei Monate – die Folge der letzten Rentenreform, Stichwort Rente mit 67. Bereits für den Jahrgang 1958 müsste es für besonders langjährig Versicherte „Rente mit 64“ heißen. Für alle, die nach 1963 geboren sind, gibt es die abschlagsfreie Rente dann ab dem 65. Lebensjahr. Bereits seit 2012 können besonders langjährig Versicherte, die mindestens 45 Jahre in der gesetzlichen Rentenversicherung waren, mit 65 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen.

Vielleicht hat die Ministerin im Blick, dass die geburtenstarken ►



LUDWIG-ERHARD-STIFTUNG BONN

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

- Jahrgänge demnächst das Rentenalter erreichen. Dann aber werden Berufstätige aus dem Arbeitsleben ausscheiden, die eher selten 45 und mehr Versicherungsjahre aufweisen werden. ■

<http://goo.gl/3GGPPF>

Lehrer im Ruhestand

Rund 24 400 verbeamtete Lehrer wurden 2012 in den Ruhestand versetzt, der höchste Wert seit Beginn der statistischen Erfassung im Jahr 1993. Das berichtet das Statistische Bundesamt. Im Vergleich zu 2011 erhöhte sich die Zahl der Neu-Pensionäre um 17 Prozent. Ursächlich seien die verstärkte Einstellung von Lehrern in den 1970er Jahren. Das werde auch noch in den kommenden Jahren für eine hohe Zahl an Pensionierungen sorgen, jeder vierte aktive Lehrer ist älter als 55 Jahre. Insgesamt erhielten zu Beginn des Jahres 2013 rund 326 300 ehemalige Lehrerinnen und Lehrer Pensionsbezüge.

Zwischen 2007 und 2011 gingen durchschnittlich 19 600 verbeamtete Lehrer pro Jahr in den Ruhestand; vor 1999 waren es höchstens 11 000 Pensionierungen. Gleichzeitig wurden 2012 weniger Lehrkräfte – 15 Prozent der Pensionierungen – wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig in den Ruhestand versetzt. In den 1990er Jahren wurde über die Hälfte der pensionierten Lehrkräfte jährlich vor Erreichen der Altersgrenze als „dienstunfähig“ eingestuft. Grund für den Rückgang könnte sein, dass es Versorgungsabschlüsse bei zur Pensionierung anstehender Lehrkräfte gibt, die vorzeitig in den Ruhestand wollen. Seit diese Regel gilt (2001), sinkt ihre Zahl. ■

<http://goo.gl/Wcv0rj>

Brief und Siegel

Beim Online-Shopping oder beim Weg durch Supermärkte und Kaufhäuser fallen sie ins Blickfeld des interessierten Käufers: Gütesiegel und Label aller Art. Mal wird auf die besondere Sicherheit der Website hingewiesen, mal „Bio-Baumwolle“ garantiert oder die „regionale Erzeugung“ betont. Wie hilfreich sind solche Label?

Blauer Umweltengel, CE, FSC (Forest Stewardship Council), TÜV: Diese und andere Label und Abkürzungen sollen dem Verbraucher helfen, gesundheitlich unbedenkliche und sichere Möbel, Farben und sonstige Baustoffe zu kaufen. Die den Produkten aufgestempelten Label sagen zwar nichts Konkretes über die Qualität einer Ware aus, geben aber Hinweise auf die Langlebigkeit, die Produktionskette oder die Produktsicherheit des Angebotenen. Ähnliches gilt inzwischen für nahezu alle Dinge des Alltags: Strom ist selbstverständlich „öko“, das Auto fährt mit „Blue-motion-Technologie“ und tankt „Bio“-Kraftstoff, ein Euro-Label steht für „vertrauenswürdige Online-Shopping“, und, und, und.

Selbst Sachverständige zahlreicher Verbraucherschutzverbände bekennen, die Übersicht verloren zu haben, wer welche Produkte mit welcher Autorität prüft, kennzeichnet und zertifiziert. Wenn schon die Verbands-Experten verunsichert sind, wie soll dann der Verbraucher wissen, wie verlässlich eine Kennzeichnung ist?

Willkommen im Siegel-Dschungel: Allein auf dem bundesdeutschen Markt gibt es nach Schätzung der Verbraucherverbände über 1000 verschiedene Kennzeichnungen und Label. Zu ihnen gehören Ökozertifikate, Herkunftsnachweise und Gütesiegel verschiedenster Art.

Siegel, Label, Zertifikate

Wer hat zum Beispiel bemerkt, dass seit dem 1. Juli 2012 alle verpackten Bio-Lebensmittel das neue EU-Gemeinschaftslogo – weiße Sterne auf einem grünen Blatt – tragen müssen? Dabei funktionierte das sechseckige deutsche Bio-Siegel auf dem bundesdeutschen Markt gut. Schätzungsweise rund 4 000 Unternehmen druckten das deutsche Bio-Label auf über 60 000 Produkte. Vielleicht steht das EU-Gemeinschaftslogo deshalb für dieselbe Qualität wie einst das Bio-Siegel „made in germany“. „Bio“ ist nun – für Lebensmittel zumindest – ein europaweit rechtlich geschützter Begriff. Dasselbe gilt auch für die Bezeichnungen „aus kontrolliert biologischem Anbau“ und „öko“. Diese Rechtssicherheit ist jedoch eher die Ausnahme.

Vor allem im Bereich Umwelt und Soziales kreieren Verbände, Initiativen und „unabhängige Institute“ beinahe laufend neue Zertifikate. Zahlreiche Siegel verleihen sich Hersteller sogar selbst. Deswegen steckt hinter jedem Zertifikat ein anderer Standard. Wer etwas über dessen Kriterien erfahren möchte, muss sich bei den Verbraucherschutzverbänden – zum Beispiel www.label-online.de – selbst informieren. Was fehlt, ist die Kontrolle über die Einhaltung der versprochenen Eigenschaften, die mit einem Siegel zugesichert werden. Neutrale oder

staatliche Stellen, die – wie beim Bio-Siegel für Lebensmittel – unabhängig kontrollieren, ob die genannten Maßstäbe auch befolgt werden, existieren für die wenigsten Zertifikate.

Verwirrende Mogelpackungen

Zum Beispiel Ökostrom: Hier ist der Begriff „öko“ nicht geschützt. Umweltbewusste Kunden müssen suchen, welcher Anbieter mit Zertifikat Strom aus erneuerbaren Energien verkauft. Ähnlich verhält es sich im Textilbereich: Etwa 20 Gütesiegel für Textilien gibt es auf dem deutschen Markt. Bio-Qualität verbirgt sich nur hinter wenigen Kennzeichen, zum Beispiel das Textilsiegel „GOTS“, dem Global Organic Textile Standard. Dieses schließt soziale Standards mit ein, und die beteiligten Unternehmen unterliegen regelmäßigen Kontrollen. Wird dagegen ein Kleidungsstück aus „Bio-Baumwolle“ angeboten, heißt das nicht zwangsläufig, dass ein T-Shirt sozialverträglich gefertigt – zum Beispiel nicht durch Kinderarbeit – oder besonders umweltfreundlich produziert wurde.

Zusätzlich verwirrend ist neben der Zertifikate-Vielfalt auch, dass einige Siegel oft nur für bestimmte Eigenschaften des Produktes stehen oder sich auf einzelne Bearbeitungsschritte im Produktionsprozess beziehen. Das hat unter Umständen zur Folge, dass ein Produkt sogar



„Nur der Preis, in welchem dann naturgemäß auch die Qualität Berücksichtigung und Ausdruck findet, ist der ökonomische Maßstab zur Beurteilung von Leistungen.“

Ludwig Erhard

mehrere Siegel tragen darf – Anbieter und Hersteller scheuen sich nach Aussage der Verbraucherverbände nicht, eine Vielzahl von Kennzeichen zu verwenden.

Die unbegrenzte Freiheit beim Siegeln verführt immer wieder auch zu Mogelpackungen. In manchen Branchen wird mit Siegeln sogenanntes Greenwashing betrieben: Unternehmen versuchen zum Beispiel zu suggerieren, dass ein Auto umweltschonend durch die Lande rollt oder dass Fliegen klimafreundlich ist, weil Fluggesellschaften ihrem Treibstoff Bio-Kerosin beimischen.

Allerdings kann diesem Verhalten auch Positives abgewonnen werden. Es belegt immerhin, dass in den Unternehmen Umweltverträglichkeit thematisiert wird. Denn scheinbar erwarten die Verantwortlichen vor allem in den Marketing-Abteilungen der Unternehmen, dass sie eine kaufbereite Käuferschicht über „grüne“ oder sonstige Label erreichen und zum Kauf animieren können.

Um den Siegel-Dschungel zu lichten wären vielleicht Label, die unabhängig von Produzenten und Anbietern vergeben werden, die Lösung. Dass Verbraucher Siegeln vertrauen, beweisen neben dem Bio-Siegel für Lebensmittel auch der vom Umweltministerium verliehene Blaue Engel oder das TransFair-Siegel, für das verschiedene Nichtregierungsorganisationen werben.

Pfad durch den Dickicht

Eine Art „Stiftung Gütesiegeltest“, die nicht staatlich organisiert werden muss, könnte Label für einzelne Branchen entwerfen und deren Einhaltung jeweils kontrollieren. Nur wer strengere als die zentralen Kriterien angewendet wissen will, dürfte zusätzlich eigene Standards setzen.

Im Agrar- und Lebensmittelbereich gibt es das zum Beispiel: Die Kontrolleure vom „Prüfverein Verarbeitung für ökologische Landbauprodukte e.V.“ nehmen nicht nur die Einhaltung der staatlichen Bio-Label der Europäischen Union und der Bundesrepublik unter die Lupe. Auch große private Bio-Siegel – Bioland, Naturland und Demeter – lassen ihre Betriebe vom Prüfverein testen. Strengere Anforderungen als die offiziellen Siegel hätten die drei großen Anbieter auf jeden Fall, vor allem bei Haltung und Fütterung der Tiere. Bioland sei laut Prüfverein bei der Fütterung der Tiere besonders streng. Zwar müsse bei allen großen privaten Siegeln mit Bio-Futter gefüttert werden, aber Bioland sei besonders achtsam.

Zentrale Kontrollinstanzen?

Warum sollte nach diesem Muster nicht auch in anderen Branchen Entsprechendes funktionieren können? Greenwashing und Siegelwirrwarr wären damit zumindest erschwert. Doch vermeintlich einfache „Königswege“ sind erfahrungsgemäß mit Vorsicht zu genießen: Zum einen würden zentrale Zertifizierungsstellen im Zeitverlauf erheblichen Einfluss gewinnen. Dementsprechend transparent in Bezug auf Inhalt und Kontrolle vergebener Gütesiegel müsste ein entsprechendes System aufgebaut sein.

Zum anderen garantiert auch die Zentralisierung nicht zwangsläufig, dass Verbraucher künftig vor Fehleinschätzungen gefeit wären: Lebensmittelkäufern sind die meisten Gütesiegel unbekannt, die sich auf nachhaltig hergestellten Produkten in deutschen Supermärkten finden lassen. Das zumindest war das Ergebnis einer Studie der Georg-August-Universität Göttingen im April 2013. Zwar gaben 72 Prozent der Befragten an, das deutsche Bio-Siegel und seine Bedeutung zu kennen, 54 Prozent vertrauten ihm voll und ganz. Fast genauso bekannt war das FairTrade-Label, dem 50 Prozent der Befragten vertrauten. Andere Kennzeichnungen allerdings, beispielsweise das MSC-Label (Marine Stewardship Council) für nachhaltigen Fischfang oder das Neuland-Siegel für artgerechte Tierhaltung, kannten lediglich 18 beziehungsweise sieben Prozent.

Am schlechtesten schnitt das EU-Biosiegel ab, das längst verpflichtend auf jedem Bio-Produkt stehen muss – aber lediglich von fünf Prozent der Käufer erkannt wurde. Die Autoren der Studie monierten wenig überraschend, dass es zu viele und bisweilen auch irreführende Label gebe. Aufschlussreich war auch, dass von Befragten eher ein von den Wissenschaftlern erfundenes Umweltlabel „erkannt“ wurde als das offizielle EU-Zeichen.

Patentlösung Siegel?

Unbeachtet bleibt bislang, dass der Siegel-Boom nicht vor Betrug schützen kann. Einmal mehr der Blick auf den Lebensmittelbereich: Pferdefleisch als Rindfleisch etikettiert, Schwindel mit Bio-Produkten, Hormone im Geflügel, falsch deklarierte Eier. In Bereichen, in denen vermeintlich leicht und viel Geld verdient werden kann – allein der Kölner Handelskonzern REWE rechnet mit einem Umsatz von 600 Millionen Euro für Produkte mit dem Siegel „Fair“ –, sind jene nicht weit, die sich mit unlauteren Mitteln zu bereichern versuchen, Siegel hin, Label her.

Bleibt die Erkenntnis: Je unabhängiger Kontrollkriterien für Siegel und Zertifikate festgelegt und überprüft werden, umso verlässlicher dürften die damit ausgezeichneten Produkte sein. Kritischer zu werten sind alle Siegel, die von Unternehmen oder ihren Verbänden selbst herausgegeben werden oder mit denen sich Unternehmen selbst zertifizieren und üblicherweise auch gleich selbst die Einhaltung der Kriterien kontrollieren.

Vertrauen in ein Produkt ist unabhängig von Zertifikaten. Man denke an Produkte bekannter Marken, die auch ohne gesonderte Kennzeichnung ihre Käufer finden. Würde ein Siegel solche Produkte noch vertrauenswürdiger machen? Gütekenzeichen mit klaren Standards können zweifellos beim Einkauf helfen. Sie sparen zumindest Zeit, wenn Verlass auf sie ist. Der Verbraucher muss letzten Endes aber immer selber entscheiden, welches Produkt er in seinen Einkaufskorb legt, ob mit oder ohne Label. (Konsumenten-)Freiheit kann mühsam sein. ■

Andreas Schirmer

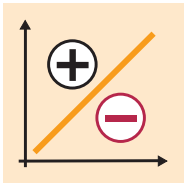
In eigener Sache

Seit rund zehn Jahren landet Im Klartext Monat für Monat in den Briefkästen unserer Abonnenten. Das kann auch weiterhin in der gewohnten Weise geschehen. Zusätzlich bietet die Stiftung aber den elektronischen Versandweg für diejenigen an, die künftig auf die Papierfassung des Infobriefs verzichten wollen. Unter info@ludwig-erhard-stiftung.de können sich Interessenten mit dem Stichwort „E-Abo Im Klartext“ registrieren lassen.



„Das Rentenpaket ist gepackt mit ganz konkreten Verbesserungen, die direkt bei den Menschen ankommen, die sich reingehängt und angestrengt haben. Dieser Einsatz muss auch in der Rente mehr wert sein als bisher. Das ist nicht geschenkt, sondern verdient. Die Rente wird dadurch gerechter. Sie bleibt aber zugleich bezahlbar und fair im Ausgleich zwischen den Generationen.“

Andrea Nahles, Bundesministerin für Arbeit und Soziales



INDEX – Die Soziale Marktwirtschaft im Februar 2014

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Erwerbstätige

mit Wohnsitz in Deutschland, in Tausend



Quelle: Statistisches Bundesamt

Vollbeschäftigung

Im Jahr 2013 waren durchschnittlich 41,8 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig, 232 000 Personen mehr als ein Jahr zuvor. Damit fiel laut Statistischem Bundesamt der Anstieg der Erwerbstätigkeit im Jahr 2013 nur noch etwa halb so hoch aus wie im Durchschnitt der Jahre 2011 und 2012 – also eine eher stagnierende Entwicklung.

Zwar wurden mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte gezählt, deren Anzahl – wie in den Jahren 2010 bis 2012 – auch 2013 überproportional gestiegen sei. Die Zahl der erwerbstätigen Arbeitnehmer mit Wohnort in Deutschland nahm im Jahresdurchschnitt 2013 um 297 000 Personen zu, auf 37,3 Millionen. Dagegen sank die Zahl der Selbständigen aber im selben Zeitraum um 65 000 Personen auf knapp 4,5 Millionen.

Eigenverantwortung

Im Jahr 2013 hatten die deutschen Amtsgerichte rund 14 000 Zwangsversteigerungstermine weniger als im Vorjahr. Mit 47 600 Fällen lag die Zahl auf dem Niveau des Jahres 1998. Die hohe Nachfrage nach Immobilien und die in Folge steigenden Preise sind Gründe für den Rückgang bei den Zwangsversteigerungen; dadurch konnte mancher Eigentümer durch Verkauf die Zwangsversteigerung abwenden. Umfinanzierungen, die Schuldner wieder in die Zahlungsfähigkeit zurückbrachten, waren ein weiterer Grund für die sinkende Zahl der Zwangsversteigerungen.

Aus Expertensicht beachtlich: Die amtlich festgesetzten Verkehrswerte seien um 2,1 Milliarden Euro zurückgegangen; insgesamt wurden Immobilien mit Verkehrswerten von 7,4 Milliarden Euro aufgerufen. Zu bedenken ist dabei, dass diese Verkehrswerte überwiegend in den Jahren 2008 bis 2010 festgelegt wurden. Die Schätzungen fielen damals aufgrund der Finanzmarktkrise eher vorsichtig aus.

Zwangsversteigerungen

anberaumte Gerichtstermine

2008	88 400
2009	86 600
2010	82 200
2011	73 000
2012	61 500
2013	47 600

Quelle: Argetra GmbH

Mietpreis-Steigerung

bei Neu- und Wiedervermietung

2007	0,3 %
2008	1,0 %
2009	0,9 %
2010	1,3 %
2011	2,9 %
2012	3,3 %
2013	1,4 %

Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Geldwertstabilität

Mieten steigen langsamer als die gesamte Verbraucherpreis-Inflation. Die Ausnahme: In Berlin waren laut Statistischem Bundesamt die Mietsteigerungen in allen Monaten des Jahres 2013 höher als im Bundesdurchschnitt. Die Berliner Nettokaltmieten lagen im Dezember 2013 rund 2,5 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Bundesweit zogen die Mieten im Dezember um 1,6 Prozent an und damit etwas stärker als die Verbraucherpreise insgesamt, die sich um 1,4 Prozent erhöhten.

2013 war der Anstieg der Nettokaltmieten in der Bundesrepublik mit 1,3 Prozent niedriger als die Inflationsrate von 1,5 Prozent. Die Mieten erhöhten sich von 2005 bis 2013 um 9,8 Prozent, die Verbraucherpreise stiegen insgesamt um 14,3 Prozent. Wie da eine Mietpreisbremse wirken soll, bleibt wohl das Geheimnis der Koalitionäre von CDU, CSU und SPD.

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johannerstraße 8 · 53113 Bonn · Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
 Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: picture alliance / dpa · Druck und Herstellung: Druckerei Engelhardt GmbH, Neunkirchen · erscheint monatlich
www.ludwig-erhard-stiftung.de